

Statement der AG Mikromobilität der PSM zum Vorschlag des Deutschen Städtetags zu Flottenobergrenzen für E-Scooter

05.01.2022

Der Deutsche Städtetag hat eine Reihe von Regulierungsvorschlägen für E-Scooter vorgelegt. So setzt sich der Deutsche Städtetag unter anderem für eine Änderung der Straßenverkehrsordnung ein, durch die Städte die Möglichkeit bekommen sollen, Flottenobergrenzen für E-Scooter einzuführen. Zusätzlich solle es eine Helmpflicht für E-Scooter geben, sowie Änderungen in der Bundesgesetzgebung um das Drosseln der Geschwindigkeit in bestimmten Zonen zu erlauben. Als Verband, der auch sechs der wichtigsten Mikromobilitätsanbieter vereint, begrüßen wir grundsätzlich eine Diskussion um die Zukunft der Regulierung des E-Scooter Angebots. Dabei ist aus unserer Sicht allerdings eine Gleichberechtigung des Angebots im Vergleich zu anderen, ähnlich nachhaltigen und emissionsfreien Mobilitätsformen wie beispielsweise dem Fahrrad geboten. Eine reflexhafte Überregulierung des Angebots, insbesondere im Vergleich zum noch immer kaum regulierten und bepreisten Pkw lehnen wir ab.

E-Scooter leisten als Teil des urbanen Mobilitätsmixes bereits heute einen Beitrag zur Verkehrswende und erfreuen sich großer Nachfrage. Eine pauschale Reduzierung des Angebots steht dem Bedarf entgegen und diskriminiert die E-Scooter gegenüber Transportmitteln wie Fahrrad und Pkw. Obergrenzen von Fahrzeugen können vereinzelt sinnvoll sein um ein punktuell Überangebot zu verhindern, allerdings muss die Einführung einer solchen Obergrenze wohlüberlegt sein und in ein gesamtheitliches Verkehrskonzept eingebettet werden. Die Einführung von Obergrenzen zur grundsätzlichen Verhinderung oder Ausbremsung des E-Scooter Angebots lehnen wir ab.

Unser Ziel ist es, eine möglichst sichere und bequeme Mobilitätsform für alle anzubieten. Deshalb empfehlen wir unseren Nutzer*innen grundsätzlich das Tragen eines Helms. Bezüglich der Sicherheit im Straßenverkehr gibt es keine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Fahrrädern und E-Scootern. Eine allgemeine Helmpflicht nur für E-Scooter lehnen wir deshalb ab. Wichtigster Faktor zur Erhöhung der Sicherheit von Fahrrad und E-Scooter Nutzer*innen ist der zügige und breite Ausbau von geschützten Fahrradwegen.

Als Verband setzen wir uns für konstruktive Lösungen und den Dialog mit Entscheider*innen in der Politik ein, um existierende Problematiken anzugehen.

Pauschale Regulierung einzelner Verkehrsmittel sind aus unserer Sicht nicht zielführend und bremsen die Mobilitätswende aus.